



Cornelia Pieper, MdB

Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Stellv. Bundesvorsitzende der FDP

Eröffnungsvortrag
Bildungskonferenz des Bundesverbandes für berufliche Bildung und
Qualifizierung (Q-Verband e.V.) und der Zentralstelle für die
Weiterbildung im Handwerk (ZWH e.V.)
„Fit für den Aufschwung“
Montag, den 29. Oktober 2007
In Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte den Veranstaltern des Kongresses für die Einladung sehr herzlich danken. Sie ist für mich ein Ausdruck der Wertschätzung der bildungspolitischen Arbeit der Liberalen. Zugleich aber danke ich Ihnen auch für das in mich gesetzte Vertrauen, denn – das liegt in der Natur der Sache – mit einer Eröffnungsrede setzt man Impulse für Diskussionen in den Workshops, den Podiumsdiskussionen und den Fachgesprächen.

Es ist schon zu einer guten Tradition geworden, dass der Bundesverband Berufliche Qualifizierung (Q-Verband e.V.) und die Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk (ZWH e.V.) zu einer Bildungskonferenz einladen, um gemeinsam mit der Politik, der Wirtschaft und anderen beteiligten Verbänden ein wichtiges Zeichen zur Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu setzen.

Der Kongress steht unter dem Motto „Fit für den Aufschwung“. Für mich ist das kein Aufruf zu einem Aktionismus, um möglichst gut in den nächsten Jahren über die Runden zu kommen. Nein, für mich verbindet sich damit die Frage, wie es uns gelingt, die heute gute wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Standortes Deutschland auf Dauer zu stärken. Und das geht nicht ohne gut ausgebildete Fachkräfte, die ihre fachliche Qualifikation über ihr ganzes Arbeitsleben erhalten müssen!

Meine Damen und Herren,

„Fit für den Aufschwung“, was heißt das? Fit zu sein in einer globalisierten Welt, das bedeutet die Nase vorn zu haben. Vorn, da wo es um Höchsttechnologien geht, kurz, auf allen Gebieten, auf denen wir besser als all die anderen sind. Diese Technologiefelder müssen identifiziert und entwickelt werden. Hochtechnologiegüter „Made in Germany“ können helfen, Arbeitsplätze dauerhaft in Deutschland zu sichern. Bildung hat eine Schlüsselfunktion für Wachstum und Wohlstand einer Gesellschaft. Zwischen Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum besteht ein direkter Zusammenhang, wie die Studie „The Sources of Economic Growth in OECD-Countries“ zeigt.* Ein Vergleich zwischen 23 ausgewählten OECD-Staaten zeigte, dass Unterschiede zwischen dem BIP pro Kopf fast ausschließlich durch Humankapitalunterschiede erklärt werden können. Allein eine bessere und intensivere Qualifikation der 25-65jährigen Bevölkerung (beobachtet über 30 Jahre, beginnend 1970) um ein Jahr bedeute ein langfristiges Ansteigen des Pro-Kopf-Sozialproduktes zwischen 4-7%. Hinzu kommt, dass die Einführung innovativer Technologien direkt auch von der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte abhängt.

Die neuere Wachstumsforschung geht davon aus, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Humankapitals ein zentraler Bestandteil einer jeden auf Wachstum ausgerichteten Politstrategie sein sollte.

Benjamin Franklin hat das wie folgt auf den Punkt gebracht:“ Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“

In der Forschung und Entwicklung hat die Bundesregierung mit einem 6 Mrd. € - Programm und der High-Tech-Strategie zwar Zeichen gesetzt. Allerdings hinken wir bei der Fachkräfteaus- und -weiterbildung aber auch bei der Innovatorenquote mittelständischer Unternehmen hinterher. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen müssen zukünftig eine zentrale Rolle im Innovationsprozess spielen. Ihre Innovationsbeteiligung ist jedoch seit Jahren rückläufig. Betrieben im Jahr 1999 noch 22% der Unternehmen eigene Forschung und Entwicklung, so waren es 2003 nur noch 18%. Der Anteil der Unternehmen (Innovatorenquote), die im gleichen Zeitraum neue Produkte auf den Markt brachten, sank im gleichen Zeitraum von 65% auf 59%.

Wir stehen vor schwerwiegenden demografischen Herausforderungen: Alterung der Gesellschaft, gestiegene Lebenserwartung zu geringe Kinderzahl. Schon 2030, also einer Zeit, die hoffentlich alle hier noch erleben werden, wird der Anteil der über 60-jährigen an der Gesamtbevölkerung mehr als 40% betragen. Der Anteil jüngerer Fachkräfte wird sich dramatisch zu Gunsten Älterer verschieben. Bis 2050 wird die Bevölkerung von derzeit 82 Mio. auf 68 Mio. zurückgehen. Allein das verdeutlicht, warum wir die sozialen Sicherungssysteme dringend an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen müssen. Ebenso klar ist auch, dass diese Entwicklung das Bildungssystem vor eine gewaltige Herausforderung stellt und der Stellenwert von Weiterbildung massiv aufgewertet werden muss.

Sind wir in der Bildung fit für den Aufschwung?

In der Bildung ist Deutschland in internationalen Vergleichen bei PISA oder der OECD höchstens noch Mittelmaß und schon längst nicht mehr Spitze. Die Klagen über die mangelnde Qualität von Schulabschlüssen von Unternehmen und Hochschulen verhalten in der Politik leider in ideologischen Scheindebatten.

Bildung ist der Rohstoff der Zukunft!

Trotzdem wird in Deutschland in der Bildung immer noch über „alte Zöpfe“ diskutiert. Es geht in den öffentlichen Debatten meist um Schulstrukturen oder Streichung von Unterrichtsstunden und zu wenig um die Verbesserung von Bildungsqualität an Schulen. Dabei sind längst neue inhaltliche Prioritätensetzungen und neue Unterrichtsmethoden gefragt wie einen fächerübergreifenden Unterricht in Naturwissenschaften. Durch viele Untersuchungen und durch die Evaluation des BLK-Modellprogramms „Lebenslanges Lernen“ wissen wir, dass bildungsbereichsübergreifende Reformanstöße, die in gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen weitergeführt werden, erhebliche Erfolge in der Region haben. Trotz dieser positiven Evaluation führen die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern in unserem bildungsabhängigen Land förmlich zur Lähmung.

Hinzu kommt, dass die Bildungs- und Gehirnforschung seit langem fordert, um Bildungsgerechtigkeit und Bildungsteilhabe zu fördern, bereits im Kindergarten das Lernen zu lehren. Nie wieder lernt der Mensch so schnell und intensiv wie bis zum 6. Lebensjahr. Deshalb ist es mir unverständlich, dass ideologische Glaubensdiskussionen stattfinden, wenn es um die pädagogische Hochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern geht. Außer Deutschland und Österreich haben alle europäischen Länder diese bereits durchgesetzt.

Wollen wir fit sein für den Aufschwung, müssen wir mehr in die Köpfe investieren! Deutschland subventioniert einen Arbeitsplatz im Steinkohlebergbau pro Jahr mit 60-tausend Euro, eine Branche ohne Zukunft! Und nur 5 000€ werden im Durchschnitt jährlich für einen Schüler ausgegeben. Wer die Vergangenheit auf Dauer subventioniert, kann die Zukunft nicht gewinnen! Und wer in der Vergangenheit lebt, wird die Zukunft auch nicht gewinnen!

Wir müssen Bildung neu denken! Das heißt vor allem, nicht in alten Strukturen zu verharren und Bildungseinrichtungen selbst mehr Freiheit und Autonomie zu geben als sie von Kultusbürokratien abhängig zu machen. Auch in der Bildung gilt, nur durch mehr Freiheit und Wettbewerb werden wir fit für den Aufschwung!

Internationalität und Globalisierung erfordern von jungen Menschen auch mehr Mobilität. Der Internationalisierung der HS-Abschlüsse auf europäischer Ebene durch den Bologna-Prozess wird jetzt die europäische „Übersetzung“ von Schul- und Berufsabschlüssen folgen. Die Diskussion über den EQR und NQR ist im vollen Gange.

Kein vernünftig denkender Mensch kann bei der bevorstehenden Einigung auf europäischer Ebene nachvollziehen, dass wir in Deutschland immer noch keine bundesweit vergleichbaren Schulabschlüsse haben. Nicht nur hier hat die KMK versagt, wie jüngst bei der Einigung der 16 Bundesländer auf ein Zentralabitur. Ungeklärt bleibt u.a. auch die Anerkennung der Fachhochschulreife. So können junge Leute mit einer heute in Baden-Württemberg erlangten Fachhochschulreife nicht in Berlin oder einem anderen Bundesland, dafür aber in England studieren.

Ich halte eine nationale Bildungsstrategie in Deutschland für längst überfällig, vor allem eine ganzheitliche Bildungsstrategie von Bund und Ländern, die sich auf nationale Qualitätsstandards einigt, beginnend von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung im hohen Alter. Ich werbe für eine deutsche Bildungskonferenz, an deren Bund, Länder und Bildungsexperten wichtige Weichenstellungen für eine bessere Bildung in unserem Land vornehmen.

Bis heute haben wir es in Deutschland nicht verstanden, das Gold in den Köpfen zu heben! 20-25% Schüler haben jährlich die Ausbildungsreife nicht erreicht, mehr als 10% eines Jahrgangs verlassen die Schulen ohne Abschluss, d.h. ca. 80 000 pro Jahr.

Was ist das für eine „Vergeudung“ normal begabter junger Menschen. Viele hundert Tausend junger Menschen benötigen eine Bildungsoffensive, die ihnen einen Bildungsabschluss und einen Aufstieg ermöglicht!

Die bisherige Vorstellung, im Kinder- und Jugendalter nur eine Phase des Lernens zu durchlaufen, die mit einem Zustand des beruflichen Könnens abschließt, ist veraltet und geht an der Wirklichkeit unserer Gesellschaft vorbei. 2020 werden sich diejenigen Menschen im produktivsten Teil ihres Erwachsenenalters befinden, die jetzt zw. 10 und 35 Jahre alt sind. Genau diese Menschen haben aber ein heutiges Bildungssystem als Jugendliche durchlaufen, das den Anforderungen nur höchst ungenügend nachkommt. Auch deshalb wird der Bedarf an Weiterbildung gegenüber heute stark ansteigen. Nach einer Analyse des Verbandes der bayrischen Wirtschaft wird es einen erheblichen Bedarf an Grundqualifikationen geben.

Wenn ich an Schule denke, dann immer auch mit Blick auf die Berufsausbildungsreife der Jugendlichen. Berufsvorbereitung muss als Aufgabe der Schule verstanden werden. Die Politik muss hieraus die richtigen Schlüsse ziehen. Technik und Wirtschaft müssen verstärkt Einzug in den Unterricht aller Schulformen halten, aber auch die Berufsorientierung bzw. die Berufsberatung muss ein bildungspolitisches Anliegen werden. Das Duale System muss sich künftig wieder auf die Bildungsleistungen vorangegangener Bildungsabschnitte verlassen und darauf aufbauen können. Zusätzliche Übergangssysteme von der Schule in die Berufsausbildung sind in erster Linie Reparaturbetriebe für zuvor nicht erbrachte Bildungsleistungen.

Meine Damen und Herren,

ich lasse mich bei meinen Betrachtungen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung von folgenden sechs Überlegungen leiten:

1. In den Ländern der Bundesrepublik Deutschland herrscht, wenn auch mit regionalen Unterschieden, ein ständiger Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Noch so große Anstrengungen der Politik,

gesellschaftlichen Druck auf die Wirtschaft auszuüben, führen zur Verunsicherung und bekämpfen nicht die eigentlichen Ursachen.

2. Strukturveränderungen in den Unternehmen, die Verkürzung von Innovationszyklen von Produkten und Leistungen, der schnelle Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft und die Veränderung von Arbeitsinhalten führen zu neuen Anforderungen an die Beschäftigten. Grundlegende fachübergreifende Kenntnisse und Fertigkeiten sowie eine generelle Disposition der Beschäftigten werden immer stärker gefordert.
3. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe hängt oftmals vom wirtschaftlichen Gesamtklima, die konjunkturelle Entwicklung ab. Aber auch die Berufsausbildungsreife der künftigen Auszubildenden hat Einfluss auf die Zahl der Ausbildungsplätze.
4. Zunehmend mehr Betriebe sind heute nicht mehr in der Lage das komplette Berufsbild zu vermitteln.
5. In der deutschen Wirtschaft ist ein anhaltender Rückgang unqualifizierter Arbeitsplätze zu verzeichnen.
6. Das Verhältnis der Anteile von Aus- und Weiterbildung im lebenslangen Prozess des Lernens verändert sich.

Meine Damen und Herren,

Die Berufsausbildung ist die zentrale Zukunftsinvestition der Wirtschaft. Wenn wir von der Grundüberzeugung ausgehen, dass es in der Verantwortung der Wirtschaft liegt, ihren eigenen Fachkräftenachwuchs primär auch selbst auszubilden, dann darf das nicht durch staatlich dirigistische Maßnahmen, ich denke da unter anderem an die Keule „Ausbildungsplatzumlage“, konterkariert werden. Die Politik muss vielmehr durch ihre Gesetzgebung (Berufsbildungsgesetz) und Verordnungen (Systematik der Facharbeiterberufe) einen Rahmen für eine moderne Berufsausbildung schaffen. Sie muss einerseits den Beruf und das Berufskonzept im Auge behalten, andererseits der Wirtschaft jene Freiräume einräumen, die eine flexible Antwort auf den sich immer schneller vollziehenden Technologiewandel und die damit verbundenen Arbeitsinhalte zu finden.

Meine Damen und Herren,

heute absolvieren rund zwei Drittel aller Jugendlichen eine Ausbildung im Dualen System. Die statische Definition der Berufsprofile birgt allerdings Gefahren in sich. Die Zahl der Unternehmen, die im eigenen Betrieb das volle Berufsbild vermitteln können, nimmt ab. Die Ursachen hierfür sind mannigfaltig und sind u.a. in den hohen Berufsausbildungskosten, einer restriktiven Arbeitszeitgesetzgebung, einer zunehmenden Spezialisierung der Betriebe und einem deutlichen Rückgang der Berufsausbildungsreife der Jugendlichen zu suchen. Es ist eine Tendenz zu erkennen, wonach viele Ausbildungsbetriebe weit über ihren eigenen Fachkräftebedarf ausbilden und so nicht allen Auszubildenden ein Übernahmeangebot nach Abschluss der Ausbildung unterbreiten können, was oftmals zu einer Arbeitslosigkeit nach Abschluss der Lehre führt. Die wachsende Differenzierung der industriellen Produktion und eine zunehmende Dienstleistungsorientierung aller Branchen führen zu sehr unterschiedlichen Berufsausprägungen. Die Duale Berufsausbildung braucht offene Rahmenbedingungen, die der dynamischen Entwicklung in der Arbeitswelt besser entsprechen. Nur so kann sie sowohl auf den multifunktionalen Einsatz in der Arbeitswelt als auch das lebensbegleitende Lernen des Einzelnen vorbereiten. Stärker als jeder andere Bildungsbereich muss besonders die Duale Berufsausbildung als Einstieg in die Arbeitswelt für alle Jugendlichen verstanden werden.

Meine Damen und Herren,

ich möchte die wichtige Frage nach der Berufsausbildungsvorbereitung auch heute nicht aussparen. Ein derzeit notwendiges Instrument zur Steigerung der Berufsbildungsfähigkeit Jugendlicher ist das Programm „Einstiegsqualifizierung“ (EQJ). Es hilft besonders den Jugendlichen, die auch durch Nachvermittlungsaktionen keine Lehrstelle finden, ihre Berufsausbildungsreife zu erwerben. Da bislang fast 70% der EQJ-Teilnehmer den Übergang in eine Ausbildung gelungen ist (davon über 62% in eine betriebliche Berufsausbildung), ist heute vor allem die zeitliche

Anrechnungsfähigkeit der absolvierten Berufsbildungsbausteine auf eine nachfolgende berufliche Erstausbildung zu überprüfen. Allerdings darf die Einstiegsqualifizierung nur jene Jugendlichen erfassen, die aufgrund bestehender Defizite aus vorangegangenen Bildungsabschnitten keine volle Berufsausbildung absolvieren können. Das schließt unerwünschte Mitnahmeeffekte aus und verhindert, dass betriebliche Ausbildungsplätze verloren gehen.

Meine Damen und Herren,
die FDP setzt sich schon lange für ein „Bausteinprinzip“ der beruflichen Aus-, Weiter- und Fortbildung ein, in dem in zweijähriger Berufsausbildung vermittelte Basisberufe ebenso einen Platz haben, wie die in dreijähriger Ausbildung. Ein solches System realisiert mit seinem horizontalen und vertikalen Durchgängigkeitsprinzip die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Ausbildung und gibt besonders befähigten Jugendlichen die Chance, eine ihrem Leistungsvermögen adäquate weiterführende Qualifikation zu erreichen.

Ausbildungsgänge nach dem Bausteinprinzip ermöglichen Berufsqualifizierende Abschlüsse und bieten aber auch gleichzeitig die Möglichkeit, Berufsbilder auch auf jene zuzuschneiden, die nicht durch ihre guten theoretischen Begabungen auffallen und eher praktische Fähigkeiten und Fertigkeiten aufweisen. Diese jungen Menschen erhalten in diesem System eine echte Chance für ihren Einstieg in den Beruf, denn Ungelernte haben heute immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Eine Modularisierung, die das Ziel verfolgt, nicht mehr alle Bausteine eines kompletten Berufsbildes zu vermitteln, sondern nur noch Teile davon zu einem neuen „Ganzen“ zusammenzufügen, ist aus meiner Sicht falsch.

Berufe mit Spezialisierungsrichtungen, zwei- und dreijährige Ausbildungsgänge, Ergänzungslehrgänge bzw. Anpassungslehrgänge bilden einen modernen Lösungsansatz.

Die Entwicklung neuer oder die Modernisierung bestehender Berufe soll künftig in Form einer Ausbildung nach dem Baukastenprinzip erfolgen. Die Einführung des Baukastenprinzips eröffnet auch leistungsschwächeren Jugendliche neue Möglichkeiten, da sie bereits erfolgreich erworbene Qualifikationen in der Berufsausbildungsvorbereitung (BAV) und bei Ausbildungsabbruch oder Nichtbestehen der Prüfung nachweisen können. Flexibel einsetzbare Zusatzqualifikationen sowie das Vorziehen von Inhalten der beruflichen Fort- und Weiterbildung machen die berufliche Ausbildung zu einem attraktiven Konkurrenten einer akademischen Ausbildung.

Meine Damen und Herren,
die Einführung des „Europass 2000“ war ein richtiger erster Schritt zur grenzüberschreitenden Anerkennung erworbener beruflicher Kompetenzen in anderen Staaten der Europäischen Union (EU). Sein Einsatz und seine Verwendung sollte heute jedoch erweitert werden. Der „Europass 2000“ muss die erfolgreiche Absolvierung einzelner Ausbildungsbausteine dokumentieren und eine bessere berufliche Ausbildung an unterschiedlichen Ausbildungsorten sowie in mehreren Ausbildungsbetrieben in einem Staat oder mehreren Staaten der EU ermöglichen. Das fördert
Ausbildungsverbände, Lernortkooperation und überbetriebliche Ausbildung. Unter dem Aspekt der Erfassung von Zusatzqualifikationen in Form von Wahlpflichtbausteinen, schon während der beruflichen Erstausbildung, ist eine generelle Einführung des Ausbildungspasses anzustreben. Durch den Ausbildungspass, der jeden Menschen durch sein gesamtes berufliches Leben begleitet, werden berufliche Handlungskompetenzen, berufsfachliche Qualifikationen, Sozial- und Methodenkompetenz und praktische Erfahrungen dokumentiert. Auf sie kann eine spätere Nachqualifizierung zurückgreifen.

Meine Damen und Herren,
auf der einen Seite steht das deutsche System der dualen Berufsausbildung, das weltweit Beachtung findet. Aber auch eine differenzierte Hochschullandschaft sorgt für die berufliche Ausbildung hoch qualifizierter Fachkräfte. Mit einem Innovationsfonds der Deutschen Forschung (IFDF wie von der MPG vorgeschlagen) müssen verstärkt junge Wissenschaftler gefördert werden, die innovative Unternehmen gründen wollen. Dabei spielen Unternehmensausgründungen aus Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen eine große Rolle.

Die Verzahnung von Aus- und Weiter- und Hochschulbildung muss vorangetrieben werden. Bildungssackgassen darf es nicht geben! Ich fordere dazu auf, die Anschlussfähigkeit aller Bildungsabschlüsse endlich zu verwirklichen. Die berufliche Aus- und Weiterbildung müssen inhaltlich miteinander verzahnt werden. Der Hochschulzugang für beruflich gut Qualifizierte muss in allen Bundesländern ohne weitere Barrieren, wie z. B. mit Probeseestern, endlich ermöglicht werden.

Auf der anderen Seite, nicht minder wichtig, steht die Weiterbildung. Wir reden in Deutschland viel über Weiterbildung und lebenslanges Lernen, lassen es aber an wirklichen Taten fehlen. Das zweifellos vorhandene Bewusstsein um die Bedeutung von Weiterbildung muss, und das führt uns die IBM-Studie deutlich vor Augen, in sehr komplexen Weiterbildungskonzepten ihren Niederschlag finden, die endlich das deutsche Umsetzungsproblem lösen! Das Zaudern der Bundesregierung bei der Sanierung und Modernisierung des Weiterbildungssystems ist so nicht mehr hinnehmbar! Für den Bereich Weiterbildung und lebenslanges Lernen wird die Bundesregierung im kommenden Jahr 2008 12,8% weniger ausgeben als im Vorjahr (5,017 Mio. € weniger).
Was Deutschland braucht, ist eine Weiterbildungsoffensive!

Zwar ist der Anteil der Menschen, die an Weiterbildung teilnehmen, zum Glück wieder etwas gestiegen, aber von einem vergleichsweise niedrigen Niveau aus. Ich werbe für eine Marketingoffensive „Lebenslanges Lernen“ Mit der geringen Weiterbildungsprämie der Bundesregierung von 154€ pro Jahr für Geringverdiener ist ein Umschwung im öffentliche Bewusstsein nicht zu erreichen. Welche nachhaltige Maßnahme z.B. zur Aufstiegsqualifizierung junger Erwachsener kann eigentlich mit 308€ pro Teilnehmer auskommen? Dabei ist der von der Bundesregierung zu Recht geforderte Eigenanteil schon mit eingerechnet. Für die Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Möglichkeit eines bes. begünstigten Bildungssparens schnell zu schaffen und umzusetzen. Die Ergänzung des Vermögensbildungsgesetzes um die Möglichkeit, das angesparte Guthaben vorzeitig für Bildung einzusetzen reicht in keiner Weise. Vielmehr ist ein begünstigtes Bildungssparen zu ermöglichen. Die Bildungskredite der KfW sind ähnlich unkompliziert wie für Studierende auch für die berufliche Weiterbildung und Sekundärausbildungen zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren,

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung waren zu keiner Zeit wichtiger als heute. Der ständige Modernisierungsdruck der Wirtschaft wird neue Anforderungen an das Qualifikationsniveau der Führungskräfte und Mitarbeiter mit sich bringen. Letztendlich hängen die Teilhabemöglichkeiten des Einzelnen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben entscheidend von seiner Bildung ab. Sie ist bestimmend für die Fähigkeit eines Landes, Entwicklungen und Innovationen in Forschung und Wirtschaft voranzutreiben. Deshalb ist qualitativ hochwertige Bildung der Kinder und Jugendlichen sowie die Fort- und Weiterbildung der Erwachsenen die Grundlage für Wachstum- und Beschäftigung und damit entscheidend für den Wirtschaftsstandort Deutschland und das Funktionieren sozialer Sicherungssysteme.

Lassen Sie mich also zusammenfassen! Deutschland braucht:

1. eine nationale Bildungsstrategie, die die Weiterbildung gleichberechtigt einbindet, die Bildungschancen der Jugend verbessert, indem u.a. die Vorbereitung auf die Berufswelt in der Schule beginnt
2. die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft gestärkt wird durch weniger Abgaben und Steuerbelastungen, aber vor allem auch durch notwendige Bildungsreformen,
3. die Einführung eines „Baukastensystems“ in der Berufsausbildung, das bereits in einem frühen Stadium die Grundlagen für die Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung legt,
4. einen schrittweisen Ausbau der Berufsschulen zu Kompetenz- und Wissenszentren, um in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen Weiterbildungskonzepte zu entwickeln unter Einbeziehung privater Bildungsträger,
5. die Einführung eines „Europasses“, der jeden Menschen durch sein gesamtes berufliches Leben begleitet,
6. eine Weiterbildungsoffensive, die ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fit macht für die Zukunft der Berufswelt und die die Finanzierung von Weiterbildung auf neue, verlässliche Grundlagen stellt

Bildung ist die eigentliche soziale Herausforderung in einer globalen Welt! Bildungsförderung bleibt langfristig die beste „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“. Daran gibt es keinen Zweifel. Deswegen muss es das wichtigste Ziel der Regierung sein, die politischen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Chance auf Bildung haben und sie dann auch selbst ergreifen.

Es bleibt noch viel zu tun!

Fit für den Aufschwung und den globalen Wettbewerb sind nur die Staaten, die auf Bildung setzen!